

22.05.22 OP

Laborergebnis bestätigt Altlasten-Verdacht

Stoff Hexyl in unterschiedlicher Konzentration auf A-49-Baustelle / Örtlicher Baustopp bleibt



Der Erdhügel ist abgedeckt und eingezäunt. In ihm fand sich das Hexyl. Foto: Nadine Weigel

Stadtallendorf. Eine Woche ist es her, da sorgte ein Fund von Rüstungsaltlasten auf der A-49-Trasse bei Stadtallendorf für Aufregung. Seinerzeit verfügte das Regierungspräsidium einen auf den Fundort begrenzten Baustopp und veranlasste Laboranalysen. Deren Ergebnis liegt seit Freitagnachmittag vor, wie das Regierungspräsidium (RP) auf eine Nachfrage der OP am Freitagabend bestätigte.

Demnach fanden sich in dem Erdhaufen in sogenannten Mischproben (also Proben aus verschiedenen Schichten des Haufens und Einzelproben) geringe Mengen des Stoffes Hexyl. Einzelne „Hotspot“-Untersuchungen von gelblichen Materialklümpchen wiesen laut Behördensprecher Thorsten Haas punktuell sehr hohe Belastungen auf (siehe Infokasten).

Der Baustopp für den Bereich des Erdhaufens und auch für die mittlerweile wohl genauer feststehende eigentliche Fundstelle gilt weiterhin und wurde stellenweise noch ausgeweitet auf die Ursprungsorte des Materials.

Wie das Regierungspräsidium als verantwortliche Behörde für Rüstungsaltlasten auf Anfrage der OP erläutert, entstammt das belastete Erdmaterial aus dem früheren Unterbau der Artilleriestraße im Trassenbereich der A 49. Die Artilleriestraße muss in einem kleinen Abschnitt der Autobahn weichen und wird dort dafür verlegt. Sie befindet sich auf Bundeswehrgelände. Die Erde stammt aus einer Tiefe von etwa einem Meter.

Vorher kein Verdacht an dieser Stelle

Wie es nun weitergeht, muss in den nächsten Tagen geklärt werden, jedenfalls verfügte das Regierungspräsidium auch für die Fundstelle und den Bereich unterhalb des ausgehobenen Erdaushubes einen Baustopp. Die Behörde kündigte am Freitagabend in einer Presseerklärung nun weitere Erkundungen und Bodenanalysen im Umfeld an.

Hätte diese Altlast nicht während der Erkundung und Sanierung bereits gefunden werden müssen?

Aufgrund der historischen Erkundungen habe es für diesen Bereich keinen Altlastenverdacht gegeben, außerdem sei die bisherige Fahrbahndecke der Artilleriestraße in diesem Abschnitt bis zu Beginn der Trassenarbeiten intakt gewesen, erläutert dazu die Gießener Behörde. Darum gab es auch keine Proben während der Sanierungsplanung. Das Regierungspräsidium weist darauf hin, dass es selbst bei sanierten Flächen von Rüstungsaltslasten immer wieder zu derartigen Funden mit punktuellen Belastungen kommen könne. Entscheidend sei der richtige Umgang damit.

Doch wie kam das Material überhaupt unter die Artilleriestraße? Dort befanden sich historisch gesehen keine alten Produktionsstätten des Werkes Herrenwald der Wasag. Auch dazu gibt es eine mögliche Erklärung aus Gießen. Beim Bau der Straße im Jahr 1952 ist möglicherweise Erdmaterial aus dem Bereich des Werkes verfüllt worden, das belastet war. Es könnte sich etwa um gesprengte Gebäudereste gehandelt haben. „Genau rekonstruieren lässt sich das nach 70 Jahren leider nicht mehr“, heißt es von der RP-Pressestelle. Die Behörde spricht allerdings von einem „plausiblen Erklärungshinweis“.

Hexyl lag unter der Fahrbahn

Der erste Nachweis von sogenannten sprengstofftypischen Verbindungen erfolgte vor genau einer Woche durch Schnelltests von „Parents-for-Future“-Mitgliedern, die dann die Behörden informierten. Bis es zum Baustopp kam, dauerte es. Es drängt sich deshalb die Frage auf, ob nicht möglicherweise belastetes Erdmaterial weiter verteilt wurde und sich nun an ganz vielen Punkten der Baustelle befindet?

Das RP sieht diese Gefahr nicht. Der Verdacht beschränke sich derzeit im Wesentlichen auf Erdmaterial aus einer Tiefe von bis zu einem Meter unterhalb der einstigen Fahrbahndecke.

Tieferliegendes Material ist allerdings an anderer Stelle auf der Trasse abgekippt und verbaut worden, wie die Behörde erläutert. Auch für diesen Ort gilt jetzt ein vorsorglicher Baustopp. Wie es mit dieser verbauten Erde nun weitergeht, wird ebenfalls noch geprüft. Nachuntersuchungen und ein Aushub stehen im Raum. Sämtliche Erdtransporte seien auf der Baustelle nachvollziehbar, betont das RP. Es gebe Daten zu Mengen und den Ein- und Ausbauorten.